

## **Kurzmeldungen Juni 2010**

### **Tobin-Tax**

Beim Gipfel der 20 größten Wirtschaftsmächte G20 (26. und 27. Juni) in Kanada will Europa in Toronto das Konzept einer globalen Transaktionssteuer auf den Tisch legen. Der Nobelpreisträger James Tobin hatte grob einen Satz von 0,5% im Sinn - das brächte bis zu 525 Milliarden Euro im Jahr.

Auch der IWF schlug jüngst zwei Varianten vor, darunter eine Steuer auf die Schulden von Banken, die so teurer würden. Auch US-Präsident Barack Obama unterstützt dies.

Einig sind sich alle Befürworter aber darin, dass ein global abgestimmtes Vorgehen nötig ist.

Quelle: dpa, 25.6.10

### **IWC: Walfangkompromiss ist geplatzt**

Die Tagung der Internationalen Walfangkommission (IWC) hat den umstrittenen Kompromiss zum Walfang abgelehnt. „Das umstrittene Papier, das die kommerzielle Jagd auf bis zu 1.400 Wale jährlich erlaubt hätte, ist erst mal vom Tisch – eine sehr gute Nachricht“, berichtet Sandra Altherr, die für Pro Wildlife an der IWC-Tagung in Agadir teilnimmt. Die USA und Japan, Triebfedern des Kompromisses erklärten die Verhandlungen für gescheitert.

Zwei Jahre lang wurde in geheimen Verhandlungen der umstrittene Walfangkompromiss erarbeitet. Er hätte erstmals seit 1986 offizielle Quoten für den kommerziellen Walfang genehmigt und damit das Walfangmoratorium aufgeweicht - allerdings genau für die drei Staaten, die das Walfangverbot seit Jahren ignorieren. Japan, Island und Norwegen nutzen rechtliche Schlupflöcher, um das Walfangmoratorium zu umgehen. Dass der kommerzielle Walfang nun doch nicht freigegeben wird, wertet Pro Wildlife als großen Erfolg.

Vor allem Deutschland, England und Frankreich ist es zu verdanken, dass die IWC die Jagd nicht legitimieren wird. Die EU stellt 25 der 88 IWC-Mitgliedsstaaten.

Quelle: Pro Wildlife 23.6.10

### **Bodenschätze in Afghanistan**

Kürzlich wurde in vielen Medien umfangreich über neu entdeckte Bodenschätze in Afghanistan berichtet. Es habe aber gar keine neuen Untersuchungen durch amerikanische Geologen gegeben. Es ist vielmehr eine wissenschaftliche Neubewertung geologischer Materials, vor allem von Karten, aus der Zeit der ehemaligen russischen Besetzung erfolgt.

Die jetzt verbreiteten Untersuchungen habe der geologische Dienst der USA durchgeführt. Dazu kamen noch neuere Untersuchungen aus der Luft mittels Satellit und Flugzeug, die aber für eine Bewertung von Mineralvorkommen nicht aussagekräftig sind.

Quelle: dpa 17.6.10

### **Deutsche Söldner für Bürgerkrieg in Somalia**

Die deutsche Firma "Asgaard German Security Group" ist von dem selbst ernannten "Präsidenten der Republik Somalia", Galadid Abdinur Ahmad Darma, beauftragt worden,

Sicherheitskräfte auszubilden und zu unterstützen. Die vertraglich vereinbarte Entsendung von mehr als 100 ehemaligen Bundeswehrsoldaten in den somalischen Bürgerkrieg sorgt nun im Bundestag für Empörung, weil das eine Form von Neben-Außenpolitik ist, die sich der parlamentarischen Kontrolle entzieht. Doch es ist fraglich, ob die Mitarbeiter der Firma "Asgaard" bei Münster überhaupt gegen Gesetze verstoßen, denn Deutschland hat es seit Jahren versäumt, Regeln für private Militärdienstleister aufzustellen.

Die Entsendung verstößt auch gegen Sanktionen, die vom UN-Sicherheitsrat verabschiedet wurden.

In der Tat ist bei Strafrechtlern umstritten, ob Ex-Bundeswehrsoldaten eine Straftat begehen, wenn eine private Militärfirma - wie etwa Asgaard - sie für einen Einsatz in einem Krisengebiet - beispielsweise Somalia - anwirbt. Zwar bedroht der Paragraph 109 h des Strafgesetzbuches das „Anwerben für einen fremden Wehrdienst“ mit einer Freiheitsstrafe zwischen 3 Monaten und 5 Jahren. Fraglich ist aber, ob "Präsident Darman" eine "ausländische Macht" darstellt, der "zum Wehrdienst in einer militärischen oder militärähnlichen Einrichtung" anwerben kann. Zudem ist zwar die Rekrutierung unter Strafe gestellt, nicht jedoch der eigentliche Dienst.

Seit dem Sturz einer Militärdiktatur im Jahr 1991 herrscht in Somalia Bürgerkrieg. Das Land am Horn von Afrika gilt seitdem als typisches Beispiel eines gescheiterten Staats. Weite Landesteile sind unter der Herrschaft unterschiedlicher Kriegsherren und deren häufig islamistischen Milizen. Die derzeitige Übergangsregierung ist nur noch im Amt, weil sie internationale Unterstützung erhält.

Oftmals werden internationale Strafbestände auch durch bloße Wortspiele umgangen. So nennen sich Söldnerfirmen heute meist "private Militärdienstleister" oder "Sicherheitsunternehmen". Die Firmen bieten nach eigenem Verständnis Dienst- oder Beratungsleistungen, keinen Kriegsdienst an. Söldner werden dabei zum "Sicherheitsberater" oder "contractor" (Vertragsnehmer) - das weckt keine negativen Assoziationen zu "Söldner".

Sowohl die jetzige schwarz-gelbe wie auch die vorherige schwarz-rote Bundesregierung haben es bislang versäumt, dass 2008 auch von Deutschland verabschiedete Dokument von Montreaux in nationale Gesetze umzuwandeln. Die am Genfer See auf Initiative der Schweiz und des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz zustande gekommene Absichtserklärung legt Regeln für private Militärfirmen fest. Dazu gehören auch die Ausbildung in Kriegsvölkerrecht oder klare, verbindliche Einsatzregeln für Söldner.

Quelle: tagesschau.de, 23.5.10

### **Asse war Test für Gorleben**

In dem maroden Endlager Asse II sollten Einlagerungsversuche mit hochradioaktiven Abfällen durchgeführt werden. Diese sollten die Grundlage schaffen für die Endlagerung stark strahlenden Atommülls in einem Salzstock. Das geht aus Originaldokumenten hervor, die Greenpeace ins Internet stellte. Die jetzt veröffentlichten Unterlagen stammen aus dem Bundesinnenministerium und der Gesellschaft für Strahlen- und Umweltforschung aus den Jahren 1976 und 1983 und zeigen, daß Versuche mit Heizelementen in der Asse frühzeitig abgebrochen wurden. Mit diesen sollte die Wärmeentwicklung des hochradioaktiven Atommülls simuliert werden. Doch man fürchtete, den eingesetzten Erhitzer nicht mehr bergen zu können, nachdem ihn das Salz der Asse eingeschlossen hätte. Greenpeace fordert Bundesumweltminister Norbert Röttgen (CDU) erneut auf, den ungeeigneten Endlagerstandort Gorleben sofort

aufzugeben.

"Nur um die Kosten eines Heizelementes zu sparen, sind Versuche abgebrochen worden, die die Grundlage für ein sicheres Endlager bilden sollten", so Mathias Edler, Atomexperte bei Greenpeace. Die Papiere beweisen, wie schlampig die für unzählige Generationen entscheidende Frage der Endlagerung hochradioaktiver Abfälle behandelt wurde.

Mathias Edler: "Das Asse-Desaster zeigt, dass Gorleben nicht haltbar ist. Das muss auch Umweltminister Röttgen einsehen und eine neue ergebnisoffene Suche einleiten."

Quelle: Greenpeace.de 22.4.10

### **Energieeffizienzgesetz gescheitert**

Der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) hat der Bundesregierung vorgeworfen, mit dem Scheitern des Energieeffizienzgesetzes große Potentiale zum Energiesparen und für den Klimaschutz vertan zu haben. Der zwischen Wirtschafts- und Umweltministerium vereinbarte und jetzt vorgelegte Entwurf eines „Energiedienstleistungsgesetzes“ diene lediglich der Minimalumsetzung der entsprechenden EU-Richtlinie. Verbindliche Ziele und wirksame Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz - wie sie im ursprünglich von der Bundesregierung geplanten Energieeffizienzgesetz vorgesehen waren - enthalte das „Energiedienstleistungsgesetz“ nicht mehr. Hubert Weiger, BUND-Vorsitzender: „Wir kreiden das Scheitern des Energieeffizienzgesetzes vor allem Bundeswirtschaftsminister Rainer Brüderle an. Ein wirksames Gesetz zum Energiesparen wäre nicht nur ein starker Innovationsmotor für die Wirtschaft gewesen, es wäre auch ein wichtiger Beitrag für den nationalen und internationalen Klimaschutz. Die Bundesregierung hat vor den Stromkonzernen kapituliert. Diese wollen mit Laufzeitverlängerungen für alte Atomkraftwerke und mit neugebauten Kohlekraftwerken ihre Gewinne weiter steigern und haben keinerlei Interesse, weniger Strom zu verkaufen.“

Quelle: BUND 29.3.10

### **Obama hob Moratorium für Offshore-Bohrungen nach Öl- und Gasvorkommen auf**

Umweltschutzorganisationen verurteilen Obamas umstrittenen neuen Plan, große Seegebiete des Atlantik, der Golfregion und der Küsten vor Alaska für Bohrungen nach Öl- und Gasvorkommen freizugeben. Obama und sein Innenminister Ken Salazar erklärten das seit langem gültige Moratorium für Ölbohrungen entlang der Ostküste (von Delaware bis zur Central Coast von Florida) für beendet. Im Südosten der Golfküste sollen neue Seegebiete für Bohrungen freigegeben werden, ebenso im arktischen Ozean, nördlich von Alaska. Damit wäre Bristol Bay, in Südwest-Alaska, das einzig noch verbliebene Schutzgebiet.

Bohrungen in der Chukchi- und der Beaufort-See vor Alaska kämen für die Eisbären, für die nativen Gemeinden, die entlang der Küste Alaskas leben und für die ohnehin gefährdeten Wale dieser Regionen wohl einem Desaster gleich. Shell Oil plant, diesen Sommer noch dort zu bohren.

Man kann über Ölverschmutzung nicht debattieren, man kann sie nur verhindern. Es gibt Gebiete entlang der Küsten, die so sensibel sind, dass der einzige Weg, sie effektiv zu schützen, darin besteht, darauf zu verzichten, diese Gebiete jemals für Ölbohrungen freizugeben.

In Bristol Bay - einer vor Alaska gelegenen Bucht lebt der gefährdetste Großwal der Welt: der Nordpazifik-Wal, von dem es vermutlich weniger als fünfzig Exemplare gibt. Die

wenigen überlebenden Exemplare dieser Spezies leben genau in diesem Abschnitt der Behring-See, vor Alaska. Und diese Gewässer sind auch die Heimat eines der wichtigsten Fischereiprodukte der USA: dem Alaska-Lachs.

Quelle: ZNet Deutschland 5.4.10, Interview auf Democracy Now!

### **BP-Ölpest**

Die Ölmenge, die derzeit in den Golf von Mexiko dringt, hat die bisher größte Ölverschmutzung in der US-Geschichte ausgelöst. Im schlimmsten Fall kommt es zur Zerstörung der Vegetation und damit zu einer verstärkten Küstenerosion. Die Schutzfunktion der Küstenwälder fällt weg. Das ist gerade in dieser Region mit den regelmäßig auftretenden Hurrikans problematisch. Diese Gebiete sind nicht nur Lebensraum für Fische und Krustentiere, sondern auch deren Kinderstube.

Die Wassertemperatur spielt beim Abbau des Öls eine wesentliche Rolle, denn in kalten Regionen ist der mikrobielle Abbau stark reduziert.

Quelle: sonnenseite.com, WWF, 10.5.10, 15.6.10

### **Öl bald im Golfstrom?**

Wie hochauflösende Modellrechnungen einer Studie amerikanischer und deutscher Meeresforscher zeigen, könnte sich der Ölteppich sehr rasch aus dem Golf von Mexiko heraus in den Atlantik ausbreiten und zu Verschmutzungen an der Küste Floridas führen. Die Ergebnisse der neuen Modellexperimente zeigen, dass der Ölteppich den Atlantik innerhalb weniger Wochen erreichen und sich dann rasch weiter nach Nordosten ausbreiten könnte.

Die Karibik ist die Wiege des Golfstroms, der Warmwasserheizung Europas. Von dort ergießen sich pro Sekunde etwa 32 Millionen Kubikmeter Wasser durch die Floridastraße in den Atlantik. Die Ergebnisse zeigen einen raschen Transport der verschmutzten Wassermasse in den Atlantik, die sich dort mit hoher Geschwindigkeit weiter verteilt. „Die Geschwindigkeit der Strömung liegt bei bis zu 150 Kilometern am Tag“, so Prof. Claus Böning.

Durch die starke Verwirbelung des Golfstroms dürfte sich das Öl anschließend weiträumig im Nordatlantik verteilen und die Konzentrationen damit stark absinken.

Quelle: Leibniz-Institut für Meereswissenschaften, sonnenseite.com, 5.6.10

### **Kahlschlag in Kanada gestoppt**

Durch das größte Waldmoratorium in der kanadischen Geschichte könnte sich der Bestand des gefährdeten Rentiers nun wieder erholen. Auf einer Fläche fast so groß wie Deutschland werden die führenden Papierhersteller Kanadas auf Druck von Greenpeace und anderen NGOs in den nächsten 3 Jahren auf Holzeinschlag verzichten.

Mit dem größten Wald-Abkommen in der Geschichte Kanadas startet ein dreijähriger Planungsprozess mit dem Ziel, 72 Millionen Hektar Borealen Wald in geschützte Flächen umzuwandeln. Einige der Papier- und Holzhersteller hatte Greenpeace bereits 2007 in einem Report als Hauptverantwortliche für die Urwaldzerstörung identifiziert: Großteile der von ihnen genutzten Waldflächen sind nicht mehr intakt; Satellitenbilder deckten sogar Kahlschlagflächen größer als Berlin auf.

Quelle: greenpeace.de 17.5.10,

### **UBA für Pkw-Maut**

Der Präsident des Umweltbundesamtes, Jochen Flasbarth, schlägt eine flächendeckende Straßengebühr vor. Dadurch läßt sich am besten der Autoverkehr steuern und die Umwelt entlasten. Auf Autofahrer könnten durch eine solche Maut Zusatzkosten von mehreren Hundert Euro jährlich zukommen.

Verkehrsminister Peter Ramsauer (CSU) hatte sich ebenfalls für eine Pkw-Maut ausgesprochen, dies aber später relativiert. Die schwarz-gelbe Bundesregierung will nun eine Kommission einsetzen.

Eine streckenbezogene Maut müsste den UBA-Experten zufolge drei bis vier Euro pro 100 Kilometer betragen, um allein die Wegekosten ohne Gesundheits- oder Umweltfolgen zu decken.

Quelle: Berliner Zeitung 15.4.10

### **Thesen zur Netzpolitik**

Bundesinnenminister de Maizière veröffentlichte seine Position zur Freiheit im Internet und setzt damit neue Akzente gegenüber seinem Vorgänger im Amt Schäuble.

Wir sollten uns an den Werten der Freiheit, Selbstbestimmung und Eigenverantwortung, dem Gebot des gegenseitigen Respekts und der Rücksichtnahme sowie der Chancengleichheit und Solidarität orientieren und auf das bestehende Recht zurückgreifen. Die Selbstregulierungskräfte sollen gestärkt werden.

Die freie Entfaltung der Persönlichkeit im Internet ist auf Wissensvermehrung und soziale Teilhabe gerichtet. Dabei müssen Selbstbestimmung und Eigenverantwortung der Nutzer gestärkt werden. Die Kontrolle des Einzelnen über sein Handeln in der digitalen Welt muss gewahrt bleiben.

Für gefahrgeneigte Angebote und Dienste sollte nicht in Bezug auf Inhalte, aber in Bezug auf die „Verkehrssicherheit“ eine Gefährdungshaftung mit Exkulpationsmöglichkeit oder Beweislastumkehr in Betracht gezogen werden.

Wo der Staat im Internet hoheitlich handeln will, muss er den damit verbundenen Anspruch tatsächlich erfüllen können. Er sollte sich daher auf Maßnahmen konzentrieren, die in der digitalen Welt wirklich umgesetzt werden können. Hierzu ist die Qualifikation und Ausstattung von Ordnungs- und Sicherheitsbehörden zu überprüfen und zu ergänzen.

Quelle: BMI, de Maizière, 22.6.10